

Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger: Schwerin geht den ersten Schritt!

Bürgergeldempfänger in Berlin könnten bald zur Arbeit verpflichtet werden, inspiriert von Schwerin. FDP-Politiker Christoph Meyer fordert aktive Mitwirkung.



Schwerin, Deutschland - In Schwerin, der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern, wird ab sofort eine Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger eingeführt. Dies ist ein Präzedenzfall in Deutschland, da die Stadt als erste Maßnahmen dieser Art beschließt. Christoph Meyer, der Landeschef der FDP in Berlin, unterstützt diese Initiative und hebt hervor, dass es darum gehe, den Menschen einen geregelten Alltag zu ermöglichen, bevor sie in den regulären Arbeitsmarkt zurückkehren.

„Die gemeinnützige Arbeitspflicht für erwerbsfähige Bürgergeldempfänger soll den Wert von Arbeit verdeutlichen“, erklärt Meyer. Ihm ist es wichtig, dass die Betroffenen grundlegende Fähigkeiten wie Pünktlichkeit, Zusammenarbeit

und Problemlösung wieder erlernen. Er schlägt vor, dass geeignete Bürgergeldempfänger für Aufgaben wie Reinigungs- und Hilfsarbeiten in Spielplätzen, Parks oder Bahnhöfen eingesetzt werden. „Wer selbst zumutbare Arbeiten verweigert und vom Geld der arbeitenden Bevölkerung lebt, muss den öffentlichen Raum für alle anderen ordentlich und sauber halten“, so Meyer weiter.

Einführung der Arbeitspflicht

Der Antrag zur Einführung dieser Arbeitspflicht wurde maßgeblich von der AfD und der CDU durchgesetzt. Während einige Stadtratsmitglieder, wie Oberbürgermeister Rico Badenschier von der SPD, gegen diese Maßnahmen stimmten, gehofft der CDU-Fraktionsvorsitzende Gert Rudolf auf positive Effekte. Er glaubt, dass die Verpflichtung zur Arbeit für Sozialleistungen die Anzahl der Leistungsberechtigten verringern und somit die Kosten der Stadt senken wird. Ähnliche Modelle hätten in anderen Bundesländern, etwa Thüringen, bereits Erfolge gezeigt.

Dem Beschluss entsprechend sollen Bürgergeldempfänger, die in der Vorreiter-Stadt Schwerin Arbeit leisten, zusätzlich zwischen einem und zwei Euro Stundenlohn erhalten. Der Druck, sich an den neuen Regelungen zu orientieren, ist hoch: Wer sich weigert, muss mit Kürzungen seiner Sozialleistungen rechnen.

Kritik an der Maßnahme

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Schwerin, Deutschland
Quellen	• www.bz-berlin.de • www.n-tv.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de